

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Pracher- Hilander, Rosa Ecker, MBA
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Soziodemografische Datenerhebung bei Gewaltdelikten**

In den vergangenen Jahren ist in Österreich – wie auch europaweit – ein besorgniserregender Anstieg bestimmter Formen von Gewalt zu beobachten, besonders Gewalthandlungen im häuslichen Umfeld häufen sich. Diese Entwicklungen stellen Politik, Justiz und Gesellschaft vor neue Herausforderungen, die auf einer soliden und differenzierten Datengrundlage analysiert und bekämpft werden müssen.

Im jüngsten Grevio-Bericht¹ wird betont, dass die Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie häuslicher Gewalt evidenzbasierte politische Maßnahmen erfordert, die auf der systematischen Erhebung vergleichbarer Daten aus allen einschlägigen Quellen der Verwaltung basieren.

Umfassende, einheitliche und wissenschaftlich verwertbare Daten sind daher notwendig, um Ursachen, Risikofaktoren und strukturelle Hintergründe von Gewalt besser zu verstehen und evidenzbasierte Präventionsstrategien zu entwickeln.

Eine Lücke besteht derzeit jedoch insbesondere im Bereich der soziodemografischen Erfassung der Täter: Es fehlen Hintergrundvariablen, die für eine tiefergehende Interpretation der Ursachen von Gewalt relevant sein könnten. Eine solche Variable wäre etwa der Migrationshintergrund des Täters, da dieser Rückschlüsse auf mögliche kulturelle, soziale oder integrationsbezogene Einflussfaktoren zulassen könnte.

Die Erhebung dieser Daten soll eine sachliche, empirisch fundierte Analyse ermöglichen, die Politik und Verwaltung in die Lage versetzt, gezielte Präventions- und Integrationsmaßnahmen zu entwickeln. Nur wenn bekannt ist, welche Faktoren in besonderem Maße mit Gewaltverhalten korrelieren, können wir wirksam und gerecht darauf reagieren.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, unter Wahrung aller datenschutzrechtlichen Vorgaben, die soziodemografische Datenerhebung bei Gewaltdelikten auszuweiten und insbesondere den Migrationshintergrund von Tätern als zusätzliche Erhebungsvariable in polizeiliche, staatsanwaltschaftliche und gerichtliche Datensysteme aufzunehmen.“

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Gleichbehandlungsausschuss zuzuweisen.

¹ https://www.parlament.gv.at/XXVIII/III/221/imfname_1708894.pdf (aufgerufen am 12.11.2025)

